



3. Juli 2005, NZZ am Sonntag

## **Bundesrat will Kurswechsel beim Waffenexport**

**Mit Irak, Pakistan, Indien und Südkorea sind Waffengeschäfte tabu: Das sagte der Bundesrat im März. Nur drei Monate später bewilligt er bedeutende Exporte in diese Länder.**

Markus Häfliger

Die Rüstungsgeschäfte mit Irak, Pakistan, Indien und Südkorea, die der Bundesrat am Mittwoch bewilligt hat, sind mehr als umstrittene Einzelfälle: Sie bedeuten einen markanten Kurswechsel in der Kriegsmaterialexport-Politik. Offenbar will die bürgerliche Bundesratsmehrheit Waffenexporte künftig generell grosszügiger bewilligen - in Länder, die für die Schweizer Rüstungsindustrie bisher tabu waren.

Dass es sich bei den Entscheiden um einen Kurswechsel handelt, zeigt der Jahresbericht 2004 des Bundesrates über die Kriegsmaterialausfuhr. Das gut 60-seitige Dokument, das an die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte gerichtet ist, enthält eine Liste mit 38 Ländern, in die kein Kriegsmaterial geliefert werden darf. Auf dieser schwarzen Liste stehen auch alle vier Länder, die jetzt neu beliefert werden sollen (vgl. Box).

Verabschiedet wurde dieser Bericht, aus dem die Fernsehsendung «10 vor 10» bereits zitiert hat, vor erst drei Monaten am 23. März 2005. Die Umstände, mit denen die Exportverbote für verschiedene Länder damals begründet wurden, haben sich kaum verändert. Geändert hat aber offenbar die Wertung dieser Umstände durch die SVP-, FDP- und CVP-Bundesräte.

### **Seco: «Weniger restriktiv»**

Dies geschah gegen den Widerstand der beiden SP-Bundesräte. Nur weil Aussenministerin Micheline Calmy-Rey sich gewehrt hatte, musste sich der Bundesrat überhaupt mit den Geschäften befassen. Sonst hätte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Bewilligungen in eigener Kompetenz ausstellen können.

Das Seco, das CVP-Bundesrat Joseph Deiss untersteht, «arbeitet schon längere Zeit auf eine weniger restriktive Bewilligungspraxis hin in Fällen, wo praktisch alle anderen europäischen Staaten auch liefern», sagt Othmar Wyss, der Verantwortliche für Exportkontrollen im Seco. Anhand von EU-Statistiken habe das Seco festgestellt, «dass die EU-Länder in viele Staaten liefern, in die wir nicht liefern». So hätten EU-Staaten 2003 für über eine Milliarde Euro Rüstungsexporte nach Indien bewilligt. «Wenn die Schweiz als einziges Land keine Waffen liefert, nützt das nichts und ist nur zum Schaden unserer Industrie.»

Von der Industrie wird der Entscheid begrüsst. «Er zeigt, dass die zuständigen Stellen in Bern das Dossier Kriegsmaterialausfuhr mit einer gewissen Souplesse verfolgen und immer wieder Neubeurteilungen der Lage vornehmen», sagt Thomas Daum, Direktor des Verbandes Swissmem, der auch die Rüstungsindustrie vertritt.

2004 exportierte die Schweizer Industrie Rüstungsgüter für 402 Millionen Franken. Seit fünf Jahren steigen die Exporte an, nachdem sie nach 1987 stark gesunken waren (vgl. Grafik). Trotzdem machen Rüstungsgüter nur 0,27 Prozent der Gesamtexporte aus.

Neben den Interessen der Industrie scheinen noch andere Überlegungen eine Rolle gespielt zu haben. Südkorea und Pakistan sind Verbündete der USA; auch an einer Stärkung der irakischen Sicherheitskräfte haben die Amerikaner Interesse. Tatsächlich begründete Deiss seinen Antrag an den Bundesrat unter anderem damit, die Lieferungen könnten dem Verhältnis zu den USA zuträglich sein.

### **GPK soll untersuchen**

FDP und CVP unterstützen die bundesrätlichen Entscheide. FDP-Generalsekretär Guido Schommer und sein CVP-Kollege Reto Nause argumentieren, dass die für Pakistan bestimmten Schützenpanzer

für Uno-Einsätze vorgesehen seien; zudem fordere die Resolution 1546 des Uno-Sicherheitsrates die Staaten explizit dazu auf, Iraks Sicherheitskräfte zu unterstützen.

SVP und SP sehen hingegen die Neutralität verletzt. Mit den Lieferungen nehme die Schweiz Partei im irakischen Bürgerkrieg, sagt Josef Lang von der grünen Fraktion. Die Entscheide seien «ein Dammbuch». Wer sogar an solche Staaten verkaufe, könne künftig in jedes Krisengebiet der Erde Waffen liefern. Für die SP sind «mindestens drei Voraussetzungen, die die Kriegsmaterialverordnung vorsieht, nicht erfüllt: die regionale Stabilität, die Respektierung der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts».

Daniel Thürer, Professor für Völkerrecht an der Universität Zürich, teilt diese Bedenken: «Neutralitätsrechtlich mag gegen diese Beschlüsse nichts einzuwenden sein, neutralitätspolitisch sind sie jedoch sehr problematisch.» Der Bundesrat verunsichere die Weltgemeinschaft, was das mögliche Verhalten der Schweiz in künftigen Konflikten betreffe. Und wenn die Schützenpanzer schon für Uno-Einsätze bestimmt seien, «wäre es sauberer, sie direkt an die Uno zu liefern. Nur so hätte man die Garantie, dass sie nur für Uno-Einsätze verwendet werden.»

Nun soll sich das Parlament einschalten. Nationalrat Lang hat am Freitag einen Brief an den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates, Hugo Fasel, geschickt. Darin fordert Lang die GPK auf, zu untersuchen, ob die Bundesrats-Beschlüsse dem Kriegsmaterialgesetz und der Verordnung entsprechen.

### **Im Originalton: Wie der Bundesrat in drei Monaten**

Fall Irak. Am 23. März 2005 hält der Bundesrat in seinem vertraulichen Jahresbericht über die Kriegsmaterialausfuhr fest: «Die aktuelle politische Situation bleibt im Irak äusserst instabil. Die partielle Wiedereinführung der irakischen Souveränität am 30. Juni 2004 hat nicht zu einer Verbesserung der Sicherheitssituation und zur besseren Respektierung der Menschenrechte geführt. Unter diesen Umständen kommt eine Lieferung von Kriegsmaterial nicht in Frage.» Drei Monate später, am 29. Juni 2005, bewilligt der Bundesrat die Lieferung von 180 mit 20-mm-Kanonen bewaffneten Schützenpanzern an den Irak. Fälle Pakistan/Indien. Bundesratsbericht vom 23. März: «Die politischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan bleiben . . . problematisch, wodurch die regionale Stabilität bedroht wird. Exportanfragen von Kriegsmaterial nach Indien und Pakistan sind aufgrund der Atomtests bis auf weiteres abzulehnen.» Über Pakistan schreibt der Bundesrat zudem: «Die Menschenrechtsslage ist schlecht.» Bundesratsbeschluss vom 29. Juni: Vorentscheid zugunsten einer Lieferung von 736 Schützenpanzern an Pakistan. Oerlikon Contraves darf mit Indien einen 300-Millionen-Franken-Deal für den Bau von Fliegerabwehrkanonen abschliessen. Fall Südkorea. Bundesratsbericht vom 23. März: «In Anbetracht des Kriegszustandes de jure zwischen den beiden Korea hat sich die Schweiz verschiedentlich gegen eine Kriegsmaterialausfuhr nach Südkorea ausgesprochen. Im übrigen führt die Schweiz seit 1953 eine aktive Friedens- und Stabilitätspolitik auf der Halbinsel. Lieferungen von Kriegsmaterial könnten . . . die Neutralität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Engagements gefährden.» Bundesratsbeschluss vom 29. Juni: Die Firma Ruag darf an südkoreanischen Luft-Luft-Lenk Waffen Unterhaltsarbeiten für 2,5 Millionen Franken ausführen. (hä.)

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:** <http://www.nzz.ch/2005/07/03/il/articleCY7QY.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG